

Grußwort von Dr. h. c. Charlotte Knobloch

anlässlich der Gedenkveranstaltung am 9.11.2010 im Rathaus

**– Es gilt das gesprochene Wort –**

---

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„wer nicht an Wunder glaubt“, hat David Ben-Gurion einmal gesagt, „ist kein Realist“.

Dass ich heute hier vor Ihnen stehe – ist ein Wunder.

Vor 72 Jahren, am 9. November 1938, trat Joseph Goebbels an exakt derselben Stelle eine maßlose Lawine des Hasses, des Wahns und des Terrors los, die sich über das gesamte Deutsche Reich erstreckte. In der sogenannten Reichskristallnacht wurden hunderte Menschen ermordet oder in den Selbstmord getrieben – weil sie Juden waren. Ihre Synagogen, Geschäfte, Wohnungen und Friedhöfe wurden zerstört oder geschändet. Mehr als 30.000 Juden wurden in Konzentrationslagern inhaftiert, wo sie ermordet wurden oder an den Haftfolgen starben.

Auch Polizei und Feuerwehr beschützten die jüdischen Mitbürger nicht, sondern beteiligten sich an den barbarischen Verbrechen.

An dieser Stelle gilt mein allerherzlichster Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsgruppe zur Geschichte der Münchner Polizei im NS-Staat und natürlich vor allem Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Schmidbauer. Sie haben sich stets für die verantwortungsbewusste und schonungslose Aufarbeitung auch und gerade der dunklen Kapitel der Geschichte der Münchner Polizei eingesetzt. Ihrem couragierten, unermüdlichen Engagement ist es zu verdanken, dass wir ein weiteres Stück Wahrheit, ein weiteres Stück Gerechtigkeit zurück gewonnen haben.

Ich bin froh, glücklich und vor allem sehr, sehr dankbar, dass wir Juden heute in den Beamten und Angestellten der Polizei – insbesondere hier in München – verlässliche Partner haben. Der Ausdruck „Freund und Helfer“ ist uns – und mir ganz persönlich – alltägliche Wirklichkeit –, im Sinne von Schutz und Sicherheit, aber vor allem auch im Sinne von gegenseitiger Wertschätzung und hundertprozentigem Vertrauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in jener Nacht des 9. November 1938 wurde das Rad der Unmenschlichkeit weitergedreht. Sie markiert den Übergang von Diskriminierung zu systematischer Verfolgung, die drei Jahre später im Holocaust an den europäischen Juden mündete.

Heute kann sich niemand mehr vorstellen, wie schnell gefestigte Formen des zivilisierten Umgangs miteinander wegbrechen konnten, obsolet wurden – von heute auf morgen.

Schon unmittelbar nach der Machtübernahme Hitlers und den Reichstagswahlen am 5. März 1933 beginnen die politischen Maßnahmen der Diskriminierung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Übergriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen und die Jagd auf Andersdenkende verändern das Leben aller Deutschen schlagartig. Menschen verschwinden plötzlich aus der Mitte der Gesellschaft: Gewerkschafter, SPDler, KPDler, Juden.

Neue, ungewöhnliche Einrichtungen entstehen: Konzentrationslager.

Zwei Monate später, ab 1. April 1933, sind antijüdische Maßnahmen Teil der offiziellen Politik. Landesweit werden jüdische Geschäfte, Anwaltskanzleien, Arztpraxen mit einem Boykott belegt. Die Ausgrenzung der Juden aus dem deutschen Leben beginnt. Genau eine Woche später tritt das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in Kraft: Was für die einen die

„Wiederherstellung“ ist – bedeutet für die anderen, die Juden, ihren Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst.

Immer schneller, grausamer und ungehemmter dreht sich die Spirale der Unmenschlichkeit:

Am 10. Mai: die „Bücherverbrennung“, im September 1935: die „Nürnberger Gesetze“. Dieses sogenannte Reichsbürgergesetz ist das Siegel der Trennung: Die Juden sind nicht mehr Teil des deutschen Volkes – sind kein Teil dieser Gesellschaft mehr.

Es ist das Ende ihrer bürgerlichen Existenz. Systematisch wird über 500.000 damals in Deutschland lebenden Juden die wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundlage ihres Lebens entzogen. Führerscheine werden eingezogen, Radios und Telephone. Die Juden dürfen die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen. Sie müssen sich von ihren Haustieren trennen. Draußen vor der Stadt sagen Schilder: „Juden sind in unseren Wäldern unerwünscht.“ Die SA montiert die Schilder an jüdischen Kanzleien und Arztpraxen ab. Juden werden aus ihren Wohnungen gekündigt, die sich ihre ehemaligen Nachbarn unter den Nagel reißen. Jüdische Schüler müssen die Schule verlassen. Jüdische Männer werden in Schutzhaft genommen. – All das scheint **normal** zu sein – passiert es doch ungeniert, am helllichten Tag, vor aller Augen. Die neuen Verordnungen sind in allen Tageszeitungen publiziert, meist auf Seite Eins. Protest regt sich nicht.

Warum nur? Gab es denn überhaupt keine Regung von Loyalität für diese Verstoßenen? Was mir aus dieser Zeit unauslöschlich im Gedächtnis bleibt, ist das langsame Abbröckeln der Freunde. Ist das Geächtetwerden – noch zu einer Zeit, da niemandem Gefahr drohte, was später so oft als Entschuldigung herhalten musste. Die Leute wechselten auf die andere Straßenseite, um mich nicht grüßen zu müssen.

Angesichts der Apathie der Mehrheit des deutschen Volkes war buchstäblich alles möglich. Zwischen dem 9. und 11. November 1938 erreichte die Verfolgung mit den Pogromen in ganz Deutschland einen neuen Höhepunkt. 250 Synagogen brannten, 7.500 jüdische Geschäfte wurden geplündert, Wohnungen ausgeraubt, 30.000 Juden in die Konzentrationslager verschleppt.

Wie konnte, so habe ich mich später wieder und wieder gefragt, diese zügellose Gewalt über Menschen hereinbrechen, ohne den Beistand der Menschen, die mit ihnen Tür an Tür, Seite an Seite zusammengelebt hatten.

Als dann die Deportationen, die letzte sichtbare Phase der Verfolgung im Oktober 1941 einsetzte, mussten die meisten ahnen, dass dies nichts Gutes verhieß. Und dennoch konnte geschehen, was geschah – ohne Teilnahme der Bevölkerung im besten Fall, mit ihrer Anteilnahme in kaum einem Fall. Sie zeigten sich ethisch indifferent. Damit waren die Juden wehrlos, verlassen, alleingelassen. Göring hatte recht, als er sagte: „Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.“

Während die einen ins Gas gingen, jubelten die anderen: Wie in einem Taumel erlebten die Menschen gleichzeitig den rasanten wirtschaftlichen und außenpolitischen Wiederaufstieg des Deutschen Reichs. Erstaunlich schnell identifizierten sich viele mit dem sozialen Aufbauwillen einer Volksgemeinschaft, die sich alles Nachdenklich-Kritische vom Leibe hielt. Hitlers Erfolge lösten Begeisterungstürme aus. Die Menschen wollten sich betören lassen von der Ästhetik der Reichsparteitage in Nürnberg und bejubelten die Triumphe deutscher Sportler bei den Olympischen Spielen in Berlin. In der knappen Zeit, die zwischen Beruf und der Inanspruchnahme der NS-Organisationen verblieb, genoss man den bescheidenen Wohlstand und privates Glück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenige Jahre später standen die Überlebenden der Schoa, denen in diesem Land alles genommen wurde – ihre Würde, ihr Grund und Gut, ihre Liebsten – vor der wohl schwierigsten Entscheidung ihres Lebens: Sollte das deutsche Judentum am Ende doch noch nachträglich gegenüber Angst, Hass und Wahn kapitulieren, oder sollte man diesem Land und seinen Menschen noch eine zweite Chance geben?

Die Herzen jener Menschen waren zerrissen.

Mein Vater war trotz allem fest entschlossen, hier zu bleiben. Er wollte den Gedanken ertragen, im sogenannten Land der Mörder zu leben.

Ich bin ihm damals nur widerwillig gefolgt und hatte den sprichwörtlich gepackten Koffer noch im Schrank.

Erst mit den Jahren ließ ich mich anstecken von seiner unerschütterlichen Zuversicht. Und dann, am 9. November 2003, der Tag, da wir in München den Grundstein der Ohel-Jakob-Synagoge in die Erde einbrachten – an jenem Tag habe ich gewusst, was ich zuvor nur hoffen konnte: Es war richtig, zu bleiben. Es war richtig, zu vertrauen – in dieses Land, seine Politik und seine Menschen. Am Abend dieses Tages packte ich meinen Koffer aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach all dem, was geschehen ist, darf ich G"tt danken, dass ich erleben darf, wie heute Deutschland der jüdischen Gemeinschaft wieder eine Heimat ist. Das deutsche Judentum ist wieder erblüht, es lebt, es ist wieder ein fester, selbstverständlicher, und anerkannter Bestandteil der Gesellschaft.

Vor allem die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre ist enorm. Die Bundesrepublik Deutschland wurde zum Zufluchtsort vieler tausender jüdischer Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Ihre Ankunft – im wahren Wortsinne – säte quer über die Bundesrepublik den Samen eines vitalen, zukunftsfähigen Judentums.

In vielen Städten, vor allem in den neuen Bundesländern, die zuvor weiße Flecken der jüdischen Infrastruktur waren, wurden Gemeinden wieder- oder neugegründet und neue G'ttshäuser eingeweiht. Diese neuen Synagogen stehen als gebauter Aufbruch symbolisch für das neue, zukunftsfeste deutsche Judentum.

Das Deutschland von heute – das sage ich aus tiefster Überzeugung – ist für uns Juden wieder eine Heimat. Auf die Demokratie, ihre Politiker und die Bürger in diesem Land ist Verlass. Das Judentum hat in Deutschland eine Zukunft, in die ich sehr hoffnungsvoll blicke.

Sehr verehrte Anwesende,

als Überlebende des Holocaust ereilt mich mitunter der Vorwurf, mich nicht von der Vergangenheit lösen zu können. Die Wahrheit ist: Gerade weil ich jener singulären Katastrophe entkommen konnte, weiß ich, dass Leben mehr ist als Überleben. Wenn wir an Tagen wie heute zusammenkommen, um gemeinsam der vielen Menschen zu gedenken, die vor siebzig Jahren sinnlos aus dem Leben gerissen wurden, dann doch nicht, um an den Schrecken der Vergangenheit festzuhalten – sondern um zu lernen für die gemeinsame Gestaltung unserer Zukunft.

Der Holocaust ist singulär und letztlich unvorstellbar – selbst für Zeitzeugen. Gedenken, Erinnern, Verarbeiten verlangt uns allen sehr viel ab – es ist ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt. Und doch: unumgänglich. Die Erinnerung ist unkündbar. Nur wenn wir lernen, mit unserer Vergangenheit umzugehen, können wir den jungen Generationen in unserem Land vermitteln, dass die Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut, nicht selbstverständlich sind. Sie beruhen auf Erfahrungen, die wir ihnen ersparen möchten. Genau deswegen sind diese Werte so schützenswert.

Unsere Demokratie lebt von Zivilcourage. Sie lebt davon, dass kein Misstand, keine Verfehlung unausgesprochen oder folgenlos bleibt. Sie lebt von der

Wachsamkeit und dem guten Willen ihrer Bürger. Von deren Fähigkeit und Bereitschaft, mitzugestalten, den Staat als ihren Staat zu begreifen.

Gewalt, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus – Diskriminierung in welcher Form auch immer – sie sind nicht nur das Problem der betroffenen Gruppe. Sie sind vor allem das Problem der Gesellschaft, in der sie vorkommen.

Das gesellschaftliche Schlüsselthema heißt Verantwortung – die uns allen auferlegt ist und die uns alle verpflichtet. Wir müssen Verantwortung für die im Grundgesetz verankerten Werte und Freiheitsrechte übernehmen.

Gleichzeitig können wir und besonders die jungen Menschen in diesem Land stolz sein auf unsere Heimat, die Bundesrepublik Deutschland, die in den letzten 65 Jahren unglaublich viel erreicht hat. Deutschland gilt international als Paradebeispiel für Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Sozialstaat. Unsere Repräsentanten treten weltweit gegen Armut und Ungerechtigkeit ein und sind Botschafter des Friedens.

Als aufgeklärte Patrioten sollten wir alle aus Liebe zu unserem Land Verantwortung übernehmen – für die nachfolgenden Generationen und die Gestaltung unserer aller Gegenwart und Zukunft. Verantwortung für ein würdevolles, respektvolles und friedliches Miteinander aller Menschen in unserer Gesellschaft.

Über 82 Millionen Menschen in diesem Land dürfen gemeinsam die Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte feiern. Und wir müssen gemeinsam denjenigen entgegentreten, die diese in Gefahr bringen. Das alles lehrt uns unsere Geschichte. Wir haben nur die eine. Wir haben Schreckliches erlebt – aber wir haben auch Wunder erlebt. Dass ich heute vor Ihnen stehe, ist ein Wunder.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.